### 2024/0397/610

öffentlich

Beschlussvorlage 610 - Stadtplanung / Bauordnung Bericht erstattet: Michael Banowitz



## Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Garage, Lenaustraße, Gemarkung Einöd

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö/N
Bau-, Umwelt- und Vergabeausschuss (Entscheidung)	02.10.2024	Ö
Ortsrat Einöd (Anhörung)	26.09.2024	Ö

### Beschlussvorschlag

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird erteilt.

#### Sachverhalt

Der Gemeinde liegt eine Bauvoranfrage zum Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Garage in der Lenaustraße in Einöd vor. Die Bauvoranfrage umfasst einen Lageplan mit eingezeichnetem Bauvorhaben und einem Befreiungsantrag.

Bauplanungsrechtliche Beurteilung:

Das Vorhabengrundstück befindet sich im Geltungsbereich eines rechtskräftigen Bebauungsplans (In den neun Morgen) aus dem Jahr 1966. Im Bebauungsplan ist an der Position des Neuvorhabens eine Vorgarten bzw. Kleingartenfläche ausgewiesen. In der direkten Umgebung sind überbaubare Grundstücksflächen als allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Die Grundflächenzahl sowie die Geschossflächenzahl beträgt 0,4. Zudem ist eine offene Bauweise sowie maximal ein Vollgeschoss zulässig. Das Bauvorhaben ist durch die Lenaustraße direkt erschlossen und kann als klassische Baulücke identifiziert werden. Aus städtebaulicher Sicht stellt dieses Bauvorhaben eine sinnvolle Nachverdichtung dar, städtebauliche Belange werden berücksichtigt und die Grundzüge der Planung werden nicht berührt.

#### Finanzielle Auswirkungen

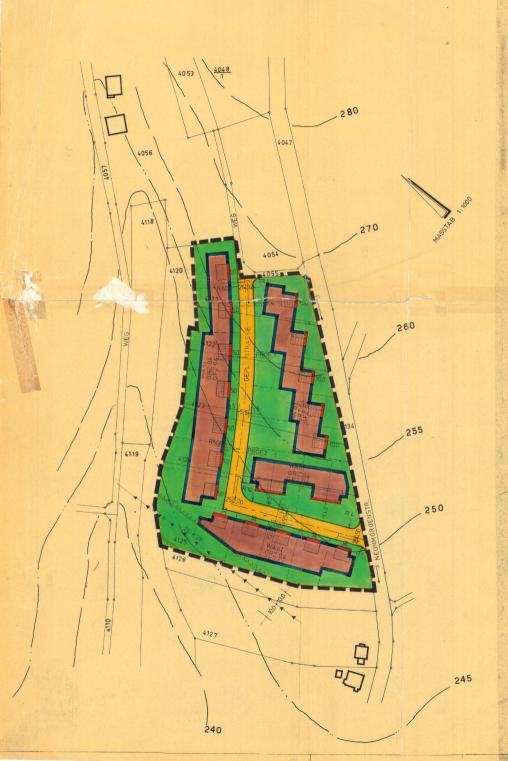
Keine

## Anlage/n

- 1 2 3
- Lageplan (öffentlich) 502\_InDenNeunMorgen\_komprimiert (öffentlich) Luftbild (öffentlich)

# A-2024-29 | BAUVORANFRAGE - LENAUSTRASSE, EINÖD





Bebauungsplan (Satzung)

"In den neun Morgen" der Gemeinde Einöd

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGB1. I S. 341) gem. § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Geseinderstes vom 4. Febr. 1965 ber. 1965 ber schlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Einöd durch den Herrn Landrat - Kreisplanungsstelle -

#### Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des BBauG

1 Geltungsbereich

lt. Plan

2 Art der baulichen Nutzung 2.1 Baugebiet 2.1.1 Zulässige Anlagen

Allgem. Wohngebiet (WA) Zulässig sind Wohngebäude, die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schanke und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe, Anlagen für kirchliche, kultu-relle, soziale und gesundheit-liche Zwecke. Gem. § 4 Abs. 2 BNVO

2.1.2 Ausnahmsweise zulässige Anlagen

Ausnahmsweise können zugelassen werden: Betriebe des Beherber-gungsgewerbes, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltungen sowie für sportliche Zwecke, Gartenbaubetriebe, Gartenbaubetriebe, Tankstellen, Ställe für Kleintierhaltung als Zubehör zu Kleinsiedlungen und landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstellen. Gem. § 4 Abs. 3 BNVO

3 Maß der baulichen Nutzung

3.1 Zahl der Vollgeschoße

lt. Flan 0,4 0,4

3.2 Grundflächenzahl 3.3 Geschoaflächenzahl 4 Bauweise

Offen, lt. Plan

5 Uberbaubare und nicht überbau-bare Grundstücksflächen

lt. Plan 1t. Plan

6 Stellung der baulichen Anlagen

1t. Plan (Profilplan)

7 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Straßenkrone Mitte Haus bis OK Erdgeschoßfußboden) plätze u. Garagen sowie ihrer Einfahrten a.d. Baugrundstücken

Innerhalb der überhaubaren

9 Verkehrsflächen

lt. Plan

10 Höhenlage der anbaufähigen Ver-kehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrs-flächen lt. Plan

11 Private Grünflächen

lt. Plan

#### Planzeichen-Erläuterung



Ausgearbeitet: Homburg, den 10. Mai 1965 Der Landrat: -KreisplanungsstelleDer Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegen you f. Obstoler 1965 bis zum 3. Monember 1968

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 16. Marseules 1965... beschlossen.

> den 25.11.1965 Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

Der Minister

für Öffentliche Arbeiten und

Wohnungsbau

10 A5-2988165-

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde 1965 .... ortsüblich bekanntgemacht. Bekauntenagung Nr. 26/66 21. 3. 1966



